Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 12.00 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 2.00 Mark, auswärtige Anzeigen 2.50 Mark, Reklame-Petitzeile 7.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 53 | Freitag, den 3. März 1922 | 17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Mit der dieser Tage geleisteten weiteren Zahlung von 31 Millionen Goldmark an die Reparationskommission sind nunmehr im Laufe des Jahres 1922 insgesamt 186 Millionen Goldmark an die Reparationskommission abgeführt worden.

•

Das Abkommen zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission wird nunmehr amtlich veröffentlicht.

•

Das Echo de Paris meldet: Der Botschafterrat hat am Dienstag die deutsche Oberschlesiennote und die deutsche Antwortnote auf die Vorschriften über die Sicherheitspolizei zurückgewiesen.

•

In Londoner politischen Kreisen wird damit gerechnet, daß Lloyd George in der nächsten Sitzung des Unterhauses die Vertrauensfrage stellen wird.

Sprechende Zahlen.

Von Dr. Hermann Pachnicke, M. d. R.

In die Geheimnisse des Haushaltsplans dringen nur Wenige ein. Die Zahl der Kenner wird sich noch verringern, nachdem die Gliederung des Etats eine andere geworden ist als früher. Neuerdings werden von der Allgemeinen Reichsverwaltung die Betriebsverwaltungen abgetrennt, und als dritter Teil erscheint der Etat für die Ausführung des Friedensvertrages. Zwischen diesen drei Teilen besteht aber wiederum eine Verflechtung, der man mit großer Aufmerksamkeit nachgehen muß, wenn man die Fäden nicht verlieren will. Für die Allgemeine Reichsverwaltung ist ein Ueberschuß von 16,5 Milliarden ausgerechnet. Nach den bisher gemachten Erfahrungen der Vergangenheit und den bereits jetzt hervorgetretenen Tendenzen der Zukunft wird dieser Ueberschuß bis zu Ende des Finanzjahres, also bis zum 31. März 1922, verschwunden sein und einem Fehlbetrag Platz gemacht haben. Denn die Ausgaben des ordentlichen Haushalts, die auf 86,7 Milliarden Mark geschätzt sind, erhöhen sich in raschen Sprüngen. Für das Finanzjahr 1921, das nunmehr seinem Ende entgegengeht, sind nicht weniger als fünf Nachtragsetats eingebracht worden, durch die sich der ursprünglich auf 33 Milliarden geschätzte Gesamtbetrag zuletzt auf 172 Milliarden Mark erhöht hat. Aehnliches ist für 1922 mit höchster Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Schon jetzt weiß man, daß die angekündigten Gehaltserhöhungen bereits am 1. April 1922 in Kraft treten sollen. Da es sich dabei um eine Steigerung der Grundgehälter handelt, in den ersten sechs Gruppen vielleicht bis zu 2000 Mark und nachher bis zur zwölften Gruppe auslaufend, so kommen Milliardenbeträge in Frage, die den jetzt für Gehaltszwecke aufzuwendenden 50 Milliarden hinzutreten. Die Aufwendungen für die Verbilligung des Brotgetreides hören allmählich auf; es ist für diesen Zweck nur noch eine einzige Milliarde eingestellt. Wer weiß denn aber, ob diese Summe ausreicht, ob nicht eine weitere Steigerung der Auslandspreise eintritt, die uns zu Ueberschreitungen des Etatvoranschlages nötigen, wie solche ja auch im Vorjahr erfolgt sind! Nicht zu ihrem vollen Betrage sind die Entschädigungen für die Auslandsdeutschen eingestellt. Die gestellten Forderungen belaufen sich auf etwa 100 Milliarden Mark. Streicht man hiervon mit Rücksicht auf die Not des Reiches einen auch noch so erheblichen Teil ab, so bleiben doch Milliardenziffern übrig die den Etat auf das schwerste belasten. Bisher sind Vorschüsse gezahlt. Sobald aber erst die Ausführungsbestimmungen für die Entschädigungsgesetze herausgekommen sind, werden die Summen endgültig fällig. Rechnet man dazu die Entschädigungen, die das Reich für die vermutlich 1450 Milliarden betragenden Sachleistungen an die Erzeuger zu zahlen hat, so ergeben sich Summen, die ins Phantastische gehen.

Was die Betriebsverwaltung betrifft, so ist ebenso wenig gewiß, ob der Voranschlag den wirklichen Verhältnissen entsprechen wird. Die deutsche Reichsbahn rechnet mit 71,2 Milliarden Betriebseinnahmen und mit ebenso viel fortdauernden Ausgaben, die Post mit 18,2 Milliarden auf der Einnahme- und Ausgabeseite. Ob indes tatsächlich so viele Einnahmen erzielt werden, darf bezweifelt werden. Nicht jede Erhöhung der Gebühren bedeutet eine entsprechende Mehreinnahme. Bei der Post ist der Briefverkehr infolge der ungeheuerlichen Tarifsteigerung wesentlich zurückgegangen, und auch bei der Eisenbahn dürfte bald der Punkt erreicht sein, wo der Rückgang wenigstens des Personenverkehrs beginnt. Danach dürfte das Schlußergebnis dem Voranschlag recht unähnlich sein. Nur der dritte Teil des Etats, die Ausführung des Friedensvertrags, wird voraussichtlich zuletzt niedrigere Ziffern aufweisen. Die 171 Milliarden setzen sich aus den Ziffern zusammen die nach dem Vertrag von Versailles und dem Zahlungsplan des Londoner Ultimatums errechnet und aus Anleihemitteln zu bestreiten sind. Der Feindbund kann aber seine Forderungen nicht aufrecht erhalten, wenn er Deutschland nicht verderben will. Er muß sie ermäßigen und zwar in seinem eigenen Interesse, mindestens zunächst für das laufende Jahr. Inwieweit die Ermäßigung stattfinden wird, wird uns die Antwort der Reparationskommission auf unseren Reformplan zeigen die demnächst zu erwarten ist. In jedem Falle bleiben Summen übrig, die unsere Zahlungsfähigkeit bei weitem übersteigen. Der Haushaltsausschuß versucht bei dieser Sachlage, Ersparnisse zu machen, wo er nur immer kann. Aber hier sind Grenzen gesetzt durch das sachliche Bedürfnis. Bei dem Heeresetat, der 3,3 Milliarden kostet, ist wenig zu ersparen, ebenso wenig an den Versorgungsgebührnissen von 10,7 Milliarden. Die Zinsen für die Reichsschuld mit 28 Milliarden stehen fest, die Zuschüsse für die Sozialversicherung gleichfalls. Die Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden sind um 6,1 Milliarden auf 22,5 erhöht und würden, wenn es nach den Wünschen der Empfänger ginge, eher eine Erhöhung als eine Verminderung erfahren. Aehnlich stehen die Dinge auf anderen Gebieten. Der Haushaltsausschuß mußte sich deshalb bisher in der Hauptsache damit begnügen, Beamtenstellen zu streichen, und hat hier den Rotstift kräftig angesetzt. Der finanzielle Effekt dieser Streichungen ist indes verschwindend im Vergleich zu den Riesensummen, die übrig bleiben. An Deckungsmitteln sind etwa nur 108 Milliarden vorhanden; den Rest liefert die Notenpresse. So bleibt die Inflation mit allen ihren üblen Folgen auf absehbare Zeit bestehen.

Das Schicksal des Reichsmietengesetzes.

Nachdem auf Antrag der Regierungsparteien die dritte Lesung des Reichsmietengesetzes auf den heutigen Freitag verschoben worden war, haben neue Besprechungen unter den Parteien eine weitere Vertagung um eine Woche vereinbart. In interessierten Kreisen des Reichstages verlautete, daß zunächst noch einmal versucht werden soll, ein Kompromiß zustande zu bringen. Sollte sich indessen das Gerücht bestätigen, daß die Mehrheitssozialdemokratie darauf besteht, künftighin auch die gewerblichen Mieträume wieder unter Zwangsbewirtschaftung zu bringen, so dürfte nicht nur das Kompromiß scheitern, sondern auch die Ablehnung des Reichsmietengesetzes sicher sein. Der linke Flügel des Zentrums würde diese neue Erweiterung der Mietenzwangswirtschaft bestimmt nicht mitmachen und auch die meisten Demokraten, die überhaupt noch für das Reichsmietengesetz stimmen wollten, würden dann dagegen stimmen. Mit den Stimmen der sozialistischen Parteien allein aber ist das Gesetz nicht durchzubringen.

Die Wirtschaftlichkeit des Postbetriebes.

Der Entschließung des Reichstages entsprechend, hat Minister Giesberts (wie das Auer Tageblatt schon gestern im Depeschenteil meldete) dem Parlament eine Denkschrift über die Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zugehen lassen, die, im ganzen genommen, wahrscheinlich mehr Kritik als Zustimmung finden wird. Trotz der maßlos erhöhten Tarife und trotz der noch immer etwa 50 000 betragenden Uebermahl von Arbeitskräften, läßt sich Giesberts von einem fast beneidenswerten Optimismus tragen. Eine Verringerung des Personalbestandes glaubt er durch Aenderungen der Zuständigkeiten zu erreichen, und zwar dadurch, daß bestimmte Arbeiten vom Ministerium auf die Oberpostdirektionen, andere von den Oberpostdirektionen auf die Verkehrsämter abgeschoben werden. Zweifellos wird zwar dadurch eine gewisse Verringerung an höheren Beamten erreicht werden; ob aber die mit neuen Arbeiten bedachten Stellen nicht mehr Arbeitskräfte werden heranziehen müssen, wird sich trotz des Optimismus der Denkschrift erst erweisen müssen. Im übrigen sind fast alle Ersparnispläne des Ministers derart, daß wir wahrscheinlich noch etliche Tariferhöhungen erleben werden, ehe sie selbst sich als Ersparnisse auswirken werden. Besonders bedenklich sind die geplanten Maßnahmen im Hinblick auf Ersparungen und Vereinfachungen innerhalb des postalischen Verkehrs der ja doch heute schon mehr als genug zu wünschen übrig läßt. Einzelne Absichten der Denkschrift sind zwar anerkennenswert, im großen und ganzen aber wird man sich von diesen Reformplänen nicht viel versprechen können.

Die innerpolitische Krise in England.

Lloyd George ist nicht der Mann, der ruhig wartet, bis seine Stellung untergraben ist. Er hat mit seinem Brief an den Unionistenführer Austen Chamberlain Klarheit verlangt. Entweder stellen sich diejenigen Konservativen, die sich zur Koalition rechnen klar auf deren Boden. Oder der Premier geht. Lloyd George hat diese Alternative wohl besonders in Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf gestellt. Es ist unmöglich, den Ansturm der jetzt in drei Nachwahlen siegreichen Asquith-Liberalen und Arbeiterparteiler abzuwehren, wenn die Koalition in sich noch vor der Wahlschlacht zerbröckelt. Der rechte Flügel der Unionisten, der ohnehin der Koalition ferngeblieben ist, würde beim Schwächerwerden der jetzigen Koalition allerlei Elemente auffangen. Darauf spekulieren zahlreiche Kreise der rechtsstehenden Unionisten. Sie möchten darum auch jetzt ein Kabinett Chamberlain oder Balfour. Aber Lloyd George fürchtet, daß seine Politik der Mitte damit nicht nur in Trümmer geht, sondern daß dann auch die Linksopposition das Wahlrennen gewinnt. Aber alle Symptome vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß Lloyd George an Einfluß und Ansehen verloren hat. Sicher hat ihm sein ständiges Nachgeben an die eigensinnigen Wünsche Poincares in seinem Lande geschadet. Die Frage steht jetzt so, ob der Premier durch seinen energischen Schritt sich noch einmal die notwendige Gefolgschaft innerhalb der alten Koalition zu sichern vermag. Seinen Wunsch, die Koalitionsparteien zu einer neuen Partei zu verschmelzen, hat er sicher nicht aufgegeben, und wenn ihm jetzt der Erfolg hold ist, so darf man als einigermaßen sicher annehmen, daß er nicht mit der gegenwärtigen Koalition, sondern mit einer neuen Partei, gebildet aus dieser Koalition, in den Wahlkampf zieht.

Kleine politische Meldungen.

Dollar 239¾. Der Dollar trat im Laufe des gestrigen Donnerstag wieder eine starke Aufwärtsbewegung an. Während sich die amtliche Notiz auf 230 stellte, setzte der Freiverkehr am Mittwoch morgen mit einem Kurse von 232½ ein, um dann bis zu einem mittags amtlich notierten Wert von 239¾ zu steigen. Im Freiverkehr stellt sich jedoch der Kurs bereits noch etwas höher.

Um die Zukunft der deutschen Luftfahrt. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der deutschen Luftfahrt. Marschall Foch wohnte der Sitzung bei. Der englische Vertreter war der Ansicht, daß eine dauernde Kontrolle nur dann eingeführt werden könne, wenn die Städte Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort geräumt würden. Frankreich vertrat den Standpunkt, daß eine Dauerkontrolle ohne Zugeständnisse an Deutschland durchgeführt werden könne.

Der Französisierungsversuch im Saargebiet. Die Saarregierung hat sich trotz des Widerspruchs der Saarländischen Lehrerschaft nicht gescheut, in den Schulen den französischen Unterricht einzuführen, der zwar als fakultativ bezeichnet wird, in Wirklichkeit aber nicht fakultativ ist, weil er nicht außerhalb der schulplanmäßigen Unterrichtszeit erteilt wird. Die Schuldeputation der Stadt Saarbrücken hat ihr Befremden darüber ausgesprochen und die politischen Parteien haben sich einstimmig dem Beschlusse angeschlossen, da die Verordnung, die ohne Anhörung der gewählten Vertreter des Volkes erlassen wurde, gegen den Friedensvertrag verstößt.

Oberschlesiens Schicksalstag. Die Morning Post meldet aus Warschau, daß dort halbamtlich der 15. April als Tag der Besitzübergabe Oberschlesiens angesehen wird. Sämtliche für Oberschlesien bestellten polnischen Beamten haben für diesen Tag entsprechende Verfügungen erhalten.

Die Flucht der Deutschen aus den von Polen geraubten Landen. Nach der neuesten polnischen Statistik sind aus den an Polen abgetretenen ehemals preußischen Landesteilen nicht weniger als 545 000 Menschen, namentlich aus den Städten ausgewandert, so daß in Posen statt früher 42 Prozent Deutscher nur noch 6½ Prozent, in Graudenz statt 80 Prozent nur noch 28 Prozent wohnen geblieben sind. So sehr man begreifen kann, daß die Deutschen die polnische Wirtschaft und die polnischen Quälereien nicht ertragen können, so wünschenswert wäre es im Interesse des Deutschtums gewesen, wenn sie allen Unbilden getrotzt und im Lande geblieben wären.

Jagow beantragt das Wiederaufnahmeverfahren. Der als ein Führer des Kapp-Putsches verurteilte v. Jagow, der zur Zeit in Gollnow i. P. die ihm zuerkannte Festungs-